

Dietrich Mohr

1.Vorsitzender



Neumünster 02.02.2021

Erklärung

in meiner Funktion als 1. Vorsitzender und Mitglied des JHA möchte ich folgende Erklärung abgeben, welche in schriftlicher Form erfolgt, damit es in das Protokoll aufgenommen werden kann, um auch nicht anwesende Mitglieder*innen in Kenntnis zu setzen:

Bei allem Verständnis für ängstliches Verhalten in der Pandemie, braucht es Planungssicherheit für Vereine und Verbände, die im Bereich freiwillige Leistungen finanziert werden. Hier gibt es keinen Rechtsanspruch und befristete Leistungsvereinbarungen. Wir haben bislang ein sehr gutes Miteinander in dieser Stadt und eine gute Finanzierung. Auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren, haben Verwaltung und Selbstverwaltung auf das Ehrenamt gesetzt. Diese gesellschaftlich wichtige Säule bröckelt jedoch, wenn wirtschaftliche Not droht. Aktuell betrifft es das Freie Radio Neumünster e. V. und den Hilfspunkt Böcklersiedlung, aber auch andere Organisationen. Um den JVN mache ich mir keine Sorgen, allerdings hätten wir vertragsgemäß spätestens im Dezember 2020 über einen neuen Vertrag ab 2022 abstimmen müssen. Da die Ratsversammlung über die digitalen Möglichkeiten von Ausschusssitzungen und Ratsversammlungen verhandeln wollte und hat, bat mich die Stadtpräsidentin, den Punkt in das Jahr 2021 zu verschieben, um mehr Zeit für die Debatte zu haben. Ich bin dem gerne nachgekommen, auch weil wir so ein gutes Verhältnis zur Verwaltung und Selbstverwaltung haben und ich keinen Zweifel an einem Zustandekommen in 2021 habe. Nun steht es auf der aktuellen TO und der JHA droht, nicht beschlussfähig zu sein. Eine Fraktion hat angekündigt, nicht an Sitzungen in Präsenz teilzunehmen bzw. dies seine Ausschussmitgliedern empfohlen, weil sie nur noch digitale Sitzungen abhalten wolle, solange die Pandemie Kontaktbeschränkungen erfordere. Ich denke durch das strenge Hygienekonzept und die Größe des Ratssaals ist das Risiko gering und ich kann guten Gewissens an der Sitzung teilnehmen.

Wie bei so vielen Sachen, sollten wir hier mit bestem Beispiel vorangehen und der uns übertragenen Verantwortung gerecht werden. Haben wir doch mit Fr. Dr. Barth eine über die Stadtgrenzen hinaus anerkannte Fachfrau im Gesundheitsamt. Die Landesregierung hat sie als Expertin ins Plenum



eingeladen, um die Landesregierung und die Abgeordneten zu beraten. Wenige Menschen in einem großen und hohen, vollklimatisierten Raum sind akzeptabel. Außerdem haben noch nicht alle Ausschussmitglieder die Möglichkeit, digital teilzunehmen. Eine Aufgabe, die die Verwaltung zügig bearbeiten sollte.

Ich bitte alle, die hier Verantwortung tragen, dies zu bedenken. Es geht hier auch um ganz wichtige Signale. Das Ehrenamt braucht genau diese. Die Gefahr, dass Menschen sich zurückziehen oder gar nicht erst aktiv werden, ist groß. Für unsere Gesellschaft eine mittlere Katastrophe.

In den letzten 23 Jahren meiner Zugehörigkeit zum JHA habe ich mich als befangen erklärt, auch wenn es um Anträge in meinem Hauptamt ging, und den Raum verlassen, auch wenn es nicht vorgeschrieben war. Ich fand es moralisch notwendig auch und gerade im Kontext des Vorbildes in der Gesellschaft.

Ob ich dies auch am heutigen Tag machen werde, entscheidet sich kurzfristig nach rechtlicher Prüfung. Traurig, dass ich darüber nachdenken und dies prüfen lassen muss. Ich bin aber verpflichtet, Schaden von meinem Verband fernzuhalten und ich habe schon im Dezember in diesem Sinn entschieden. Ein weiteres Mal ist nicht vermittelbar.

Ich bitte die Verwaltung den Ausschussvorsitzenden und -mitgliedern die rechtlichen Vorgaben zum Thema Befangenheit mitzuteilen. Ich weiß von einigen Entscheidungen, bei dem das Ausschussmitglied bei einem Antragsteller/Begünstigten angestellt ist bzw. war und trotzdem mit abgestimmt hat. Ich möchte nicht das mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ferner bitte ich hiermit die Verwaltung und Selbstverwaltung, für alle folgende Haushalte eine entsprechende Krisenklausel einzupflegen, die freiwillige Leistungen aus dem Gesamtwerk Haushalt ausklammert. Hierüber sollte im Vorfeld möglichst Einigkeit der Fraktionen herbeigeführt werden, um den Vereinen und Verbänden Planungssicherheit zu geben.

Und wenn ich schon dabei bin, wünscht sich der JVN einen fairen OB Wahlkampf. Auch hier wollen wir mit bestem Beispiel voran gehen, Werbung für die Demokratie machen, möglichst viele Menschen an die Wahlurne bringen und zu motivieren, sich zu engagieren. Die Kandidaten sollten die Bürger*innen von ihren Visionen für NMS überzeugen und nicht die Mitbewerber verbal angreifen.

Dietrich Mohr

NMS, den 02.02.2021